

Luxemburgs Beitrag zum Marxismus

Martin Suchanek, Neue Internationale 252, Dezember 2020/Januar 2021

In der Nacht vom 15. zum 16. Januar 1919 wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg – heroische VorkämpferInnen und führende Köpfe der Revolution – bestialisch ermordet. Der deutsche Imperialismus zeigte einmal mehr, dass er zum Erhalt seiner Macht vor keinem Verbrechen zurückschreckt. Auch die deutsche Sozialdemokratie offenbarte wie schon im Ersten Weltkrieg oder später bei der Niederschlagung der Münchner Räterepublik ihre Bereitschaft, für die Verteidigung des Kapitalismus durch ein Meer von Blut zu waten.

Politische Leichenschändung

Wie viele andere revolutionäre KämpferInnen des 20. Jahrhunderts mussten Liebknecht und Luxemburg nicht nur zu ihren Lebzeiten Verleumdung und pogromartige Hetze ertragen. Auch posthum wurde ihr Andenken geschändet – und zwar nicht nur von der offen bürgerlichen, imperialistischen Reaktion.

Die Sozialdemokratie, die Luxemburg und Liebknecht bis aufs Blut bekämpft hat, und deren Parteispitze an ihrer Ermordung tätig mitwirkte, beruft sich bei Bedarf auch auf das „Erbe“ jener, die sich gegen solche obszön-zynische Eingemeindung nicht mehr wehren können.

In ähnlicher Weise „gedachte“ jahrzehntelang die stalinistische Bürokratie, die schon Lenins revolutionäres Erbe pervertiert hatte und den Strategen und Führer der Oktoberrevolution unfreiwillig symbolträchtig im Mausoleum entsorgte, jener Rosa Luxemburg, gegen deren revolutionären Internationalismus sie im Zuge der bürokratischen Degeneration zu Felde zog.

Ihrem politischen und theoretischen Beitrag zum Marxismus, der sie zur größten Revolutionärin des 20. Jahrhunderts machte, wollen wir uns in diesem Artikel widmen. Angesichts seiner Kürze kann die Darstellung nur einen Überblick über ihre zentralen theoretischen Positionen liefern. Eine intensivere Beschäftigung mit dem Werk Rosa Luxemburgs will sie nicht ersetzen, sondern vielmehr anregen.

Das trifft umso mehr zu, als die 1871 im polnischen Zamosc in einem liberalen jüdischen Elternhaus geborene Luxemburg in ihrem kurzen Leben auf verschiedenen Feldern für den revolutionären Marxismus focht.

Sie gründete zwei revolutionäre Parteien: die „Sozialdemokratische Partei des Königreichs Polen und Litauen“ (SDKPL) und die KPD bzw. deren Vorläufer Spartakusbund und leitete sie. Sie stand jahrelang auf dem linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie und der Zweiten Internationale – gegen den aufkommenden Reformismus, aber auch als eine der ersten gegen den Zentrismus der KautskyanerInnen.

Ihr Name ist untrennbar mit dem Kampf gegen den Revisionismus, mit der Analyse der Tendenzen der kapitalistischen Weltwirtschaft, mit der programmatischen Entwicklung der revolutionären Linken vor dem Ersten Weltkrieg und mit der Gründung der KPD verbunden.

Revisionismustreit

Ende des 19. Jahrhunderts, am Übergang zur imperialistischen Epoche, entbrannte in der

ArbeiterInnenbewegung eine grundlegende theoretische und programmatische Debatte um die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und die Taktik der sozialistischen Parteien.

Der wohl bekannteste Theoretiker der sozialdemokratischen Rechten, Eduard Bernstein, versuchte in der 1899 erstmals veröffentlichten Arbeit „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, die Marx'sche Theorie und die darauf fußende revolutionäre Taktik einer grundsätzlichen Revision zu unterziehen. Er wollte damit zugleich der mehr und mehr reformerisch gewordenen, auf Wahlkämpfe und Wahlen konzentrierten Alltagspraxis der Sozialdemokratie wie dem rein auf ökonomische Verbesserungen beschränkten Wirken der Gewerkschaften eine theoretische Grundlage verschaffen.

Bernstein argumentierte, dass die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus Ende des 19. Jahrhunderts Marx' Konzeption des Niedergangs der kapitalistischen Produktionsweise widerlegt hätte. Auch die Tendenz zur immer größeren Konzentration und Zentralisation des Kapitals hätte sich nicht verwirklicht. Vielmehr wären die Mittelklassen angewachsen. Schließlich ginge die Entwicklung des Kapitalismus mit einer immer größeren Ausdehnung der bürgerlichen Demokratie einher und würde so der ArbeiterInnenbewegung im Bündnis mit DemokratInnen die schrittweise Verbesserung, die „Hebung der Lage der ArbeiterInnenklasse“ und die schrittweise, reformerische Umgestaltung der Gesellschaft ermöglichen.

Luxemburg antwortet in „Sozialreform oder Revolution“ mit einer vernichtenden Kritik an Bernstein und am gesamten Revisionismus.

Auf über 100 Seiten widerlegt sie die Bernstein'schen Thesen präzise. Sie nimmt damit auch die Entgegnung auf die wichtigsten Argumentationsketten ganzer Generationen später geborener ReformistInnen und SozialreformerInnen, der Lafontaines und Gysis, der Corbyns und Tsipras', der verschiedenen „demokratischen SozialistInnen“ und anderer Mini-Bernsteins des 20. und 21. Jahrhunderts vorweg. So fasst sie die Konsequenzen dieser Theorie u. a. in folgenden Worten zusammen:

„Am nächsten und wahrscheinlichsten erfolgt dann eine Verschiebung in der Taktik nach der Richtung, um durch alle Mittel die praktischen Resultate des Kampfes, die Sozialreformen zu ermöglichen. Der unversöhnliche, schroffe Klassenstandpunkt, der nur im Hinblick auf eine angestrebte politische Machteroberung Sinn hat, wird immer mehr zu einem bloßen Hindernis, sobald unmittelbare praktische Erfolge den Hauptzweck bilden. Der nächste Schritt ist also eine „Kompensationspolitik“ - auf gut deutsch: eine Kuhhandelspolitik - und eine versöhnliche, staatsmännisch kluge Haltung. Die Bewegung kann aber auch dabei nicht lange stehen bleiben. Denn da die Sozialreform einmal in der kapitalistischen Welt eine hohle Nuß ist und allezeit bleibt, mag man eine Taktik anwenden, welche man will, so ist der nächste logische Schritt die Enttäuschung auch in der Sozialreform, d. h. der ruhige Hafen, wo nun die Professoren Schmoller und Co. vor Anker gegangen sind, die ja auch auf sozialreformerischen Gewässern durchstudierten die groß' und kleine Welt, um schließlich alles gehn zu lassen, wie's Gott gefällt. Der Sozialismus erfolgt also aus dem alltäglichen Kampfe der Arbeiterklasse durchaus nicht von selbst und unter allen Umständen. Er ergibt sich nur aus den immer mehr sich zuspitzenden Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaft und aus der Erkenntnis der Arbeiterklasse von der Unerläßlichkeit ihrer Aufhebung durch eine soziale Umwälzung. Leugnet man das eine und verwirft man das andere, wie es der Revisionismus tut, dann reduziert sich die Arbeiterbewegung zunächst auf simple Gewerkvereinerlei und Sozialreformerei und führt durch eigene Schwerkraft in letzter Linie zum Verlassen des Klassenstandpunktes.“ (Luxemburg, Sozialreform oder Revolution, in: Gesammelte Werke [LGW] 1/1, S. 402 ff.)

Notwendigkeit der revolutionären Machteroberung

Luxemburg verdeutlicht hier den unüberbrückbaren Gegensatz von revolutionärer, marxistischer Strategie und Taktik einerseits und reformistischer andererseits. In „Sozialreform oder Revolution“ zeigt sie, dass, anders als von Bernstein und Co. behauptet, der imperialistische Kapitalismus nicht mehr und mehr zur Demokratie führt.

So weist sie Bernstein und Co. nach, dass sie die Ablösung einer halbfeudalen oder feudalen Staatsmaschinerie im 19. Jahrhundert und ihre Ersetzung durch einen kapitalistischen und bürokratischen Mechanismus oberflächlich mit einem „mehr an Demokratie“ verwechseln. Vielmehr geht die allgemeine Tendenz der Entwicklung Richtung verschärfter und verallgemeinerter Konkurrenz auf dem Weltmarkt, Militarismus, also Reaktion nach außen. Dieser entspricht, so Luxemburg, zunehmende Reaktion, Einschränkung der bürgerlichen Demokratie im Innern.

Aus alledem ergibt sich für Luxemburg die unbedingte Notwendigkeit des Festhaltens an der revolutionären Machtergreifung, der Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat.

„In der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft diente die gesetzliche Reform zur allmählichen Erstarkung der aufstrebenden Klasse, bis sie sich reif genug fühlte, die politische Macht zu erobern und das ganze bestehende Rechtssystem umzuwerfen, um ein neues aufzubauen. Bernstein, der gegen die Eroberung der politischen Macht als eine blanquistische Gewalttheorie wettet, passiert das Malheur, daß er das, was seit Jahrhunderten der Angelpunkt und die Triebkraft der menschlichen Geschichte ist, für einen blanquistischen Rechenfehler hält. Seit die Klassengesellschaften existieren und der Klassenkampf den wesentlichen Inhalt ihrer Geschichte bildet, war nämlich die Eroberung der politischen Macht stets ebenso das Ziel aller aufstrebenden Klassen, wie der Ausgangs- und der Endpunkt jeder geschichtlichen Periode. Dies sehen wir in den langen Kämpfen des Bauerntums mit den Geldkapitalisten und dem Adel im alten Rom, in den Kämpfen des Patriziertums mit den Bischöfen und des Handwerkertums mit den Patriziern in den mittelalterlichen Städten, in den Kämpfen der Bourgeoisie mit dem Feudalismus in der Neuzeit.

Die gesetzliche Reform und die Revolution sind also nicht verschiedene Methoden des geschichtlichen Fortschritts, die man in dem Geschichtsbuffet nach Belieben wie heiße Würstchen oder kalte Würstchen auswählen kann, sondern verschiedene Momente in der Entwicklung der Klassengesellschaft, die einander ebenso bedingen und ergänzen, zugleich aber ausschließen, wie z. B. Südpol und Nordpol, wie Bourgeoisie und Proletariat.

Und zwar ist die jeweilige gesetzliche Verfassung bloß ein Produkt der Revolution. Während die Revolution der politische Schöpfungsakt der Klassengeschichte ist, ist die Gesetzgebung das politische Fortvegetieren der Gesellschaft. Die gesetzliche Reformarbeit hat eben in sich keine eigene, von der Revolution unabhängige Triebkraft, sie bewegt sich in jeder Geschichtsperiode nur auf der Linie und solange, als in ihr der ihr durch die letzte Umwälzung gegebene Fußtritt nachwirkt, oder, konkret gesprochen, nur im Rahmen der durch die letzte Umwälzung in die Welt gesetzten Gesellschaftsform. Das ist eben der Kernpunkt der Frage.“ (ebenda, S. 427 f.)

Generalstreikdebatte

Die Frage des Verhältnisses von Reform und Revolution warf in der Sozialdemokratie natürlich auch praktische Fragen auf. Hier nur einige, wichtige:

- Auseinandersetzung um den Eintritt in bürgerliche Reformregierungen durch die französische Sozialdemokratie;

- Haltung zum Generalstreik;
- Kampf um das Frauenwahlrecht;
- Kolonialpolitik;
- Kampf gegen den Militarismus und den herannahenden Krieg.

Wie schon aus den obigen Fragen erkennbar, betrafen die Auseinandersetzungen zwischen rechtem und linkem Parteiflügel bis zum Zusammenbruch der Zweiten Internationale alle grundlegenden Fragen der nationalen und internationalen Politik. Die zunehmenden Gegensätze, deren Unvereinbarkeit Luxemburg früher als alle anderen prominenten AnführerInnen des linken Flügels, also auch eher als Lenin und Trotzki, erkannte, wurden immer deutlicher. Immer mühsamer wurde sie, v. a. nach der Niederlage der Russischen Revolution 1905, vom „Zentrum“ um Bebel und Kautsky zusammengehalten. Ihre Lösung für die Konflikte zwischen Linken und Rechten bestand zunehmend in Formelkompromissen, Zurückweisung von Revisionismus und Reformismus in der Theorie und deren Akzeptanz in der Praxis.

Luxemburg wurde hingegen mehr und mehr zum Hassobjekt nicht nur der Reaktion, von Feudalen und Bürgerlichen, sondern auch der Parteilinken und der GewerkschaftsführerInnen in Deutschland.

Gerade in den Spitzen der Gewerkschaften fand sich um die Jahrhundertwende der organisierte Kern der Rechten in der Partei, des Revisionismus. Was Bernstein „wissenschaftlich“ zu begründen suchte, setzten die „PraktikerInnen“ längst um. Sie wollten keine „Revolutionsspielchen“, sie wollten keine „Generalstreikabenteuer“ oder „Generalunsinn“, sie wollten sich nicht von Sozialistischer Internationale und Partei zu militanten Formen des Klassenkampfes gegen den heraufziehenden imperialistischen Krieg oder gar gegen die Kanonenbootpolitik des Wilhelminismus verpflichten lassen. Wie Luxemburg gut erkannt hatte, war der „schroffe Klassenstandpunkt“ des Marxismus für sie ein Hindernis bei ihrer gewerkschaftlichen „Kompensationspolitik“.

Verhältnis von Partei und Gewerkschaft

Daher auch das permanente Streben der Gewerkschaftsführungen in Deutschland, sich von Beschlüssen der Sozialdemokratie oder internationalen Kongressen „unabhängig“ zu machen. Luxemburg wettete scharf gegen diese Absichten und zerpflückte die ganze Politik der Apparate in „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“:

„Diese Theorie von der parallelen Aktion der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften und von ihrer ‚Gleichberechtigung‘ ist jedoch nicht völlig aus der Luft gegriffen, sondern hat ihre geschichtlichen Wurzeln. Sie beruht nämlich auf einer Illusion der ruhigen, ‚normalen‘ Periode der bürgerlichen Gesellschaft, in der der politische Kampf der Sozialdemokratie in dem parlamentarischen Kampf aufzugehen scheint. Der parlamentarische Kampf aber, das ergänzende Gegenstück zum Gewerkschaftskampf, ist ebenso wie dieser ein Kampf ausschließlich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Er ist seiner Natur nach politische Reformarbeit, wie die Gewerkschaften ökonomische Reformarbeit sind. Er stellt politische Gegenwartsarbeit dar, wie die Gewerkschaften ökonomische Gegenwartsarbeit darstellen. Er ist, wie sie, auch bloß eine Phase, eine Entwicklungsstufe im Ganzen des proletarischen Klassenkampfes, dessen Endziele über den parlamentarischen Kampf wie über den gewerkschaftlichen Kampf in gleichem Maße hinausgehen. Der parlamentarische Kampf verhält sich zur sozialdemokratischen Politik denn auch wie ein Teil zum Ganzen, genauso wie die gewerkschaftliche Arbeit. Die Sozialdemokratie [an sich] ist eben heute die Zusammenfassung sowohl des parlamentarischen wie des gewerkschaftlichen Kampfes in

einem auf die Abschaffung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung gerichteten Klassenkampf.

Die Theorie von der ‚Gleichberechtigung‘ der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie ist also kein bloßes theoretisches Mißverständnis, keine bloße Verwechslung, sondern sie ist ein Ausdruck der bekannten Tendenz jenes opportunistischen Flügels der Sozialdemokratie, der den politischen Kampf der Arbeiterklasse auch tatsächlich auf den parlamentarischen Kampf reduzieren und die Sozialdemokratie aus einer revolutionären proletarischen in eine kleinbürgerliche Reformpartei umwandeln will. Wollte die Sozialdemokratie die Theorie von der ‚Gleichberechtigung‘ der Gewerkschaften akzeptieren, so würde sie damit in indirekter Weise und stillschweigend jene Verwandlung akzeptieren, die von den Vertretern der opportunistischen Richtung längst angestrebt wird.“ (LGW 2, S. 156 f.)

Obiges Zitat verdeutlicht übrigens auch, dass Luxemburg keineswegs eine „reine“ „Spontanitätstheorie“ der Entwicklung von Klassenbewusstsein oder des Verhältnisses von Partei und Bewegung vertrat. Das kommt auch dort zum Vorschein, wo sie immer wieder die Notwendigkeit der Sammlung, Formierung und Schulung der fortgeschrittensten ArbeiterInnen, der Avantgarde, in einer revolutionären Klassenpartei betont, einer Partei, die Führerin des Kampfes sein muss.

Kritik an Kautsky

Ein bleibendes Verdienst Luxemburgs ist es, nicht nur gegen die Rechte zu polemisieren, sondern auch – früher als andere – den zunehmend kompromisslerischen und hohlen Charakter der Politik Kautskys zu erkennen. Schon vor dem Ersten Weltkrieg, insbesondere in den Jahren 1910 – 1914, verschärfte sie ihre Angriffe gegen das „Zentrum“ der Partei, weil dieses mehr und mehr von revolutionärer Klassenpolitik gegen den Imperialismus abgerückt war. So brandmarkte Luxemburg die reformistische und pazifistische Programmatik Kautskys (Rüstungsbeschränkung, internationales Schiedsgerichte usw.).

Es ist kein Wunder, dass diese Arbeiten Rosa Luxemburgs heute kaum bekannt sind und rezipiert werden, bilden sie doch nicht nur eine vernichtende Kritik an Reformismus und Zentrismus, sondern auch den UN-Huldigungen der heutigen „Friedensbewegung“, der LINKEN, der DKP oder der Gewerkschaftsbürokratie.

Der zunehmende Gegensatz von Luxemburg zu Kautsky war zweifellos kein gewollter, von ihr forcierter. Er ergab sich vielmehr daraus, dass Luxemburg für einen aktiven, tätigen Marxismus eintrat, der mit den Grenzen der sozialdemokratischen Politik und programmatischen Methode immer wieder in Widerspruch geriet.

Diese wesentlich von Kautsky entwickelte Methode trennte schematisch zwischen dem Minimalteil, also den anstehenden „Tagesforderungen“ (gewerkschaftliche Rechte, Löhne, gesetzliche Reformen) und dem Maximalteil (Sozialismus, Machtergreifung des Proletariats). Da zwischen diesen beiden keine Vermittlung stattfand, konnte die Vorkriegssozialdemokratie jahrzehntelang eine reformistische Praxis betreiben und zugleich eine formell marxistische Theorie pflegen. Da die Revolution in weiter Ferne zu liegen schien, konnte der innere Gegensatz übertüncht werden.

Aber die aufkommende imperialistische Reaktion, der Militarismus, die Aufrüstung wie auch grundlegende demokratische Fragen und der Kampf gegen die soziale Unterdrückung der Frauen bedeuteten, dass sich die Grenzen des Minimal-Maximal-Programms auch in praktischen Fragen immer wieder zeigten.

Die Parteirechte und die revisionistischen TheoretikerInnen wollten keine „radikalen“ Aktionen wie

den Generalstreik – weder im Kampf gegen den Militarismus noch für das allgemeine (Frauen-)Wahlrecht. Sie fürchteten, dass solche Kampfmethoden ihrer gradualistischen Politik, stetig mit friedlichen Mitteln neue Reformen zu erreichen, einen Strich durch die Rechnung machen, die Mittelklasse abschrecken und die Reaktion radikalisieren würden.

Für Luxemburg hingegen stellte die Zuspitzung der Klassengegensätze eine unvermeidliche Folge der Kapitalbewegung selbst dar. Daher betrachtet sie den Revisionismus nicht nur als eine Aufgabe des Klassenstandpunktes, sondern auch als reaktionäre Utopie.

Das hatte für sie Implikationen nicht nur für die direkte revolutionäre Zuspitzung des Kampfes, sondern auch für den um Reformen. Luxemburg war sich darüber klar, dass das allgemeine (Frauen-)Wahlrecht eine bürgerlich-demokratische Reform darstellt. Sie lehnte es aber nicht nur entschieden ab, dieses als untergeordnete Frage zu verstehen oder den Kampf hintanzustellen. Vielmehr schlug sie angesichts des extremen Widerstandes der bürgerlichen und auch monarchischen Reaktion vor, zu revolutionären Kampfmethoden wie z. B. dem politischen Massenstreik zu greifen, um solche Reformen durchzusetzen.

Allein diese Vorstellung beunruhigte die Parteirechte und brachte praktisch den Gegensatz des sich formierenden linken Flügels zum Revisionismus zum Ausdruck. Luxemburgs Versuch, die Parteitaktik zu radikalisieren, stellte also den „Frieden“ in der Sozialdemokratie in Frage, den das Zentrum Kautskys unbedingt bewahren wollte. Daher die zunehmende Schärfe dieses Gegensatzes schon lange vor dem Ersten Weltkrieg. Die Formierung einer subjektiv revolutionären Linken in der deutschen Sozialdemokratie und der zunehmende Bruch mit dem Zentrum Kautskys stellten zweifellos ein Verdienst Luxemburgs und anderer Parteilinker dar – aber, anders als die Formierung des Bolschewismus in der russischen Sozialdemokratie – nahm er keine systematisierte programmatische und organisatorische Form an. Die Stärke und Schwäche prägte schließlich auch die Herausbildung des Spartakusbundes, sein Verhältnis zur USPD und die verspätete Gründung der KPD.

Imperialismusbegriff und Krisentheorie

Luxemburg war bekanntlich auch eine Theoretikerin, die versuchte, die Entwicklung des Kapitalismus, seine inneren Krisentendenzen zu fassen. In „Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus“ sowie in „Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik“ (beide in LGW, Band 5) stellt sie selbst den Anspruch, „daß die Erklärung der ökonomischen Wurzel des Imperialismus speziell aus den Gesetzen der Kapitalakkumulation abgeleitet und mit ihnen in Einklang gebracht werden muß“ (Antikritik, LGW 5, S. 431).

So groß Luxemburgs Verdienste in der Verteidigung der marxistischen Theorie und Positionen in vielen Fragen – nicht zuletzt auch auf dem Gebiet der ökonomischen Theorie, wo sie zeigt, dass Marx sehr wohl eine „Zusammenbruchstheorie“ kennt – sind, so muss auch festgehalten werden, dass ihre Imperialismustheorie grundlegende methodische Schwächen aufweist und ihrer eigenen Zielsetzung, die „ökonomischen Wurzel (...) aus den Gesetzen der Kapitalakkumulation“ herzuleiten, gerade nicht nachkommt.

Darauf haben u. a. Roman Rosdolsky in „Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ‚Kapital‘“ und Henryk Grossmann in „Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems“ hingewiesen. Dort fasst Grossmann seine Kritik wie folgt zusammen:

„Nicht aus den immanenten Gesetzen der Kapitalakkumulation, aus einer bestimmten Höhe derselben, leitet sie die Notwendigkeit des Untergangs des Kapitalismus ab, sondern aus der

transzendenten Tatsache des Fehlens nichtkapitalistischer Länder. War für Marx die Problematik des Kapitalismus mit dem Produktionsprozeß verknüpft, so verlegt Rosa Luxemburg die für die Existenz des Kapitalismus entscheidenden Probleme aus der Produktionssphäre in die Zirkulationssphäre.“ (Grossmann, S. 21)

Fehler Luxemburgs

Wie alle großen RevolutionärInnen hat Luxemburg auch wichtige Fehler gemacht. Sicher gehört zu den bekanntesten ihr mangelndes Verständnis der nationalen Frage und damit des Befreiungskampfes unterdrückter Nationen, wie Lenin in seiner Kritik an der Junius-Broschüre richtig festhält. Ebenso gehört zu den theoretischen Schwächen ihre, wenn auch von grundsätzlicher Solidarität getragene, Kritik an etlichen politischen und ökonomischen Maßnahmen der Oktoberrevolution unter Lenin und Trotzki dazu. Doch ihre Begeisterung für die Revolution war unbestreitbar groß. Sie erblickte im Oktoberaufstand immerhin die „Ehrenrettung des internationalen Sozialismus“.

Aber Luxemburg mochte sich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen des ehemals zaristischen Russlands ebensowenig anfreunden wie mit dem Agrarprogramm der Oktoberrevolution.

Ihre vielleicht tiefstgehende Meinungsverschiedenheit zeigte sich an ihrer Kritik an der Auflösung der konstituierenden Versammlung durch die Bolschewiki im Jahr 1918. Darin plädierte Luxemburg noch für eine parallele Einrichtung von Sowjetorganen und Konstituante und dafür, dass die Bolschewiki eine Neuwahl zur konstituierenden Versammlung hätten durchführen sollen.

Luxemburg war hier nicht klar, dass unter der Diktatur des Proletariats, wie überhaupt in der proletarischen Revolution ein dauerhafter Dualismus von Organen der revolutionären Demokratie, von Räten, also Organen der Klassenherrschaft des Proletariats einerseits und von bürgerlich-parlamentarischen Organen, also Herrschaftsformen der Bourgeoisie, nicht möglich ist. Dieser Dualismus würde eine Permanenz der Doppelmacht bedeuten; er würde bedeuten, dass sich nach erfolgter Machteroberung der ArbeiterInnenklasse die Reaktion automatisch um die bürgerlichen Organe formiert. Es bedeutet, dass dieser Dualismus in der einen oder anderen Weise zugunsten der einen oder anderen Seite, von Revolution oder Konterrevolution, beendet werden muss.

Wie Paul Frölich in seiner lesenswerten Luxemburg-Biografie schreibt, weist einiges darauf hin, dass Luxemburg anhand der Erfahrungen der deutschen Revolution und der konterrevolutionären Rolle, die darin die verfassunggebende Versammlung spielte, die Schwächen ihrer Position zu erkennen begann. Wie sehr diese Einschätzung stimmt, ist unklar. In jedem Fall wiesen wichtige VertreterInnen des Spartakusbundes (u. a. Zetkin, Meyer, Leviné) Luxemburgs Position von Beginn an zurück.

Haltung zum Leninismus

Doch selbst in ihren Fehlern und Schwächen war und bleibt Luxemburg revolutionäres Vorbild, denn selbst diese speisten sich immer aus dem Willen, den Klassenkampf des Proletariats theoretisch und praktisch voranzubringen.

Auch wenn sie keine „Spontaneitätstheorie“ der Entwicklung des Klassenbewusstseins vertrat und der „Luxemburgismus“ über weite Strecken eine posthume Konstruktion darstellt; auch wenn sie unbedingt an der Notwendigkeit einer revolutionären Partei festhielt, so wäre es falsch, ihre Unterschiede zu Lenin zu negieren.

Erstmals traten diese schroff in der russischen Sozialdemokratie nach dem Parteitag 1903 zutage, nach dem Luxemburg heftig gegen Lenins Kampf für eine straff zentralisierte und disziplinierte Partei von BerufsrevolutionärInnen polemisierte. Zweifellos gehören diese Artikel – im Inhalt durchaus Trotzki's antibolschewistischen Broschüren und Aufsätzen dieser Periode ähnlich – zu den schwächsten und oberflächlichsten Arbeiten Luxemburgs.

In „Rosa Luxemburg und die IV. Internationale“ bietet Trotzki eine sehr klare und ausgewogene Einschätzung von Luxemburgs Parteiverständnis im Unterschied zu Lenin:

„Rosa selbst blieb nie bei der reinen Spontaneitätstheorie stehen wie etwa Parvus, der später seinen sozialreformerischen Fatalismus mit ekelhaftem Opportunismus vertauscht hat. Im Gegensatz zu Parvus war Rosa Luxemburg bestrebt, den revolutionären Flügel des Proletariats im voraus zu erziehen und – sowie möglich – organisatorisch zu erfassen. In Polen hat sie eine sehr straffe selbständige Organisation aufgebaut. Man könnte höchstens sagen, daß bei Rosa in ihrer geschichtsphilosophischen Einschätzung der Arbeiterbewegung die vorbereitende Auslese der Avantgarde im Vergleich zu den zu erwartenden Massenaktionen zu kurz gekommen ist, während Lenin – ohne sich mit den künftigen Aktionswundern zu trösten – stets und unermüdlich die fortgeschrittenen Arbeiter illegal oder legal, in den Massenorganisationen oder im Versteck, vermittels eines scharf umrissenen Programms zu festen Zellen zusammenschweißte.

Die Spontaneitätstheorie Rosas war eine heilsame Waffe gegen den verknöcherten Apparat des Reformismus. Indem sie sich manchmal gegen die Leninsche Arbeit des Aufbaus eines revolutionären Apparats richtete, offenbarte die Theorie – allerdings nur im Keime – ihre reaktionären Züge. Bei Rosa selbst geschah es nur episodisch. Sie war viel zu realistisch im revolutionären Sinne, um aus den Elementen der Spontaneitätstheorie eine vollendete Metaphysik zu konstruieren. Praktisch untergrub sie selbst – wie gesagt – diese Theorie auf Schritt und Tritt. Nach der Novemberrevolution von 1918 begann sie die leidenschaftliche Arbeit der Zusammenfassung der proletarischen Avantgarde.“ (Trotzki, Rosa Luxemburg und die IV. Internationale, in: ders., Schriften über Deutschland III, S. 687 f.)

Die große Revolutionärin konnte diese Arbeit nur beginnen. Im Januar 1919 wurde sie von der Konterrevolution ermordet. Doch ihr Vermächtnis und auch die Aufgaben, für die sie unermüdlich arbeitete, leben weiter: die proletarische Weltrevolution, der Aufbau einer neuen, kommunistischen Partei und Internationale.